

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Aus dem Lager unserer Innungsmäister.

Wieder hat eine Menge Innungsschwärmer den Segen des Innungswesens fass bekommen, was folgendes Schreiben, das uns soeben ein günstiger Wind zutrug, beweisen dürfte:

Freie Innung der Maler und Lackirer Nürnberg.

1. Nach Beschluss der gestrigen von 18 Mitgliedern besuchten Versammlung wird in zwei Raten (am 1. Nov. und 1. Dezember) von allen Mitgliedern zur Bedeutung der angefallenen Mehrausgaben für Innung und Schule ein außerordentlicher Gesamtbeitrag von 6 M pro Mitglied erhoben.

2. Die Nachschule wird von jetzt ab nicht weiter geführt.

3. Die statutenmäßige auf den 6. November fallende Innungsversammlung wird nicht abgehalten, dafür werden Sie hierdurch zu einer außerordentlichen Versammlung am Dienstag, den 12. November v. J. Abends 8 Uhr, Hotel Maximilian, geladen, bei welcher im Beisein eines magistratischen Vertreters über den auf "Ausgabe der Innung" eingebrochenen Antrag berathen werden soll. Wir ersuchen Sie dringend, damit sich die Sache rasch erledigt und eine zweite eventuelle Versammlung nicht abgehalten zu werden braucht, bestimmt in diese Versammlung zu kommen. (Folgt Unterschrift.)

So weit also das Schreiben. Als die Innung errichtet wurde, hörte man so viel von "Stellung des Handwerks", von gemeinsamem Vorgehen bei Submissionsen, die Schmuckkonkurrenz sollte beseitigt und mit den Gehilfen ein besseres Einvernehmen geschaffen werden.

Doch ganz anders ist es gekommen. Allerdings erklärte schon damals ein größerer Meister, daß er an den Innungssagen nicht glaube, er schließe sich nicht an, Angesichts der trassen Schmuckkonkurrenz, die auch durch die Innung nicht beseitigt werden kann, habe er, der schon so viel zur Hebung des Handwerks (durch Herausgabe von Fachwerken usw.) gethan, keine Veranlassung, noch Geld für ein solches Palliativmittelchen "freie Innung" auszugeben. Der Mann hatte recht. Das Malerhandwerk wurde während dieser Zeit nicht nur nicht gerettet, wohl aber noch mehr auf den Hund gebracht. Gerade Innungsmäister waren es, die die größten Abgebote bei Submissionsen machten (Kasernebauten, Schulhäuser). Abgebote von 50, ja beim neuen Gaswerk in Nürnberg sogar bis zu 70 pft. Daz bei solchen Unterbietungen keine anständige Arbeit mehr geliefert werden kann, ist selbstverständlich. Es werden Arbeiten zusammengezerrt, deren sich die Gehilfen schämen. Um rasch fertig zu werden, werden die Arbeiten den Gehilfen in Akkord aufgehalst, die dann ganz verrückt zu schufteten haben, um wenigstens auf den Lohn zu kommen. Vielleicht verwenden auch Nürnberger Unternehmer, gleich ihrem Fürther Kollegen und Innungsmeister a. D. Müller statt Mattlack Buttermilch. Es dürfte sicherlich nichts schaden, wenn die städtischen Behörden den Herren Unternehmern etwas auf die Finger schauen würden. Das anfangs versprochene gute Einvernehmen mit den Arbeitern wurde alsbald getrübt, verstand doch der "höhe Gesellenausschuß" das Gesetz besser auszulegen als die weisen Innungsmäister, wollte überall bareinreden (unseres Erachtens mit gutem Recht) und nahm die Rechte der Arbeiter energisch wahr, so daß die Innung sich ein paar gründliche Schläppen holte und obendrein noch die Kosten zu bezahlen hatte. Wie schön dachte man sich die Versammlungen und welche ungemeinliche Wahrheiten mußten die Innungsmäister von dem "ungezogenen Gesellenausschuß" anhören, wie saßen die von den "Unzufriedenen" so reichlich ausgetheilten Hiebe? Wie wichtig waren die Schläge, die die Herren in der Begründung des Polizeisenats anlässlich der Schlappe in Sachen "Schule" erhielten? (Wir haben seiner Zeit im "Vereins-Anzeiger" Nr. 22 v. J. ausführlich beschrieben.)

In dieser Begründung wurde den Herren auch vorgerechnet, aus welchen Mitteln die Innungsschule bestritten würde. Wir sind nun zwar nicht so neugierig, anzufragen, wo das Geld hingekommen ist, jedoch halten wir es für sehr bezeichnend, daß trotzdem zu Schulzwecken 150 M Beitrag der Handwerkskammer von Mittelfranken und 150 M Zu- schuß aus Mitteln der Wittelsbachischen Landesstiftung im Vorjahr gegeben wurden, jetzt doch pro Mitglied 6 M

Extrabeitrag zur Deckung der angefallenen Mehrausgabe "für Schule und Innung", wie sich die Herren so schön ausdrücken, verlangt werden, obgleich die bereits begonnene Schule eingeht. Was würden wohl die Unternehmer über uns schmähen, wenn unsere Filiale außer dem geringen Schulzettel noch einen so hohen Extrabeitrag für die Schule erheben würde? Obgleich wir bis jetzt noch keinerlei Unterstützung zu Schulzwecken erhalten, ja selbst aus Mitteln der Filiale noch nichts gegeben haben, sind wir mit der Schule doch stets gut fertig geworben und haben im Vorjahr sogar einen kleinen Überfluss erzielt, der der Bibliothek zu Gute kam. Wie wäre es, wenn wir jetzt den Spieß umkehren und den Unternehmern bezügl. der Innung einmal das den Arbeitern so oft empfohlene "Sparen" predigen würden? Doch wir wollen nicht so boshaft sein, wird es ja ohnehin manchem biebern Innungsmäister schwer genug fallen, jetzt, wo der ganze Nummel begraben werden soll, noch extra 6 M zu bezahlen. Die ganzen Herrlichkeit mag zu Ende gehen, Thränen werben wohl kaum darum geweint werden. Unsere Organisation wird auch ohne Innung bezügl. Gesellenausschuß wissen, was sie zu thun hat. Mögen die Unternehmer jetzt auch glauben, es sei die Zeit gekommen, wo man mit Lohnreduzierungen austreten kann, so mögen sie sich doch auch gesagt sein lassen, daß die Zeiten veränderlich sind und daß die Gehilfen in unserer "Bereinigung" einen Rückhalt haben. Den Gehilfen aber rufen wir zu, der Bereinigung beizutreten, alle Mittstände aufzudecken und die nur zu lang gezeigte Gleichgültigkeit abzulegen. Kollegen! Klingt es nicht wie bitterer Hohn, wenn die Unternehmer erklären: "nur um meine Arbeiter beschäftigen zu können, habe ich so billig submittiert". "Ich will meine Arbeiter auch im Winter behalten, selbst wenn ich nichts dabei verdiene". Ich glaube, kein Gehilfe kann so indifferent sein, den Hohn und den Spott aus diesen wenigen Worten nicht herauszufinden. Aus Gnade, aus Mitgliedschaft, aus Barmherzigkeit wollen sie Euch behalten! Welch ein Hohn! Kein Unternehmer ist so human, nur auf Eure Unterwürfigkeit und Kurzsichtigkeit rechnen sie, um Euch gelegentlich das Fell über die Ohren ziehen zu können. Dann aber liegt es auch im eigenen Interesse der Unternehmer, ihre alten geschulten, mit dem Geschäft vertrauten Arbeiter zu behalten. Darum, weg mit Eurer Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen Leichtsinnigkeit und Feigheit, zeigt, daß Ihr Männer, klassenbewußte Arbeiter seid, die keinen Harmoniebusel kennen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein Unternehmer erklärt kann: "Wenn ich meinen Tünchern ein Maß Bier bezahle, gehen sie für mich durchs Feuer!" Kollegen, weiß eine solche Verhöhnung Eurer Männlichkeit energisch zurück, tretet ein in die Reihen derer, die bis jetzt gezeigt haben und auch ferner zeigen werden, wie unsere Lage zu verbessern ist. Was nützen all die vielen Vergnügungsvereine, sie können Euch keinen Pfennig Zulage, keine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung, keine menschenwürdige Behandlung verschaffen. Gebt die dort geöffneten Groschen besser aus, indem Ihr der Organisation beitreten und für die Ausbreitung derselben Sorge tragt; nur durch ein geschlossenes, einmütiges Vorgehen können wir den Unternehmern etwas abtrocken, da sie uns erfahrungsgemäß freiwillig nie etwas geben werden. Sorge also jeder dafür, die Indifferennten heranzubringen!

Ein Blick.

Es dürfte wohl nicht nur die Nürnberg Kollegen, sondern sicherlich auch die Kollegen Deutschlands interessieren, wie sich hier in der Zeit von nicht ganz sieben Jahren unsere Organisation entwickelt hat, welche Kämpfe sie durchgemacht und wie überhaupt hier die Dinge liegen. Ich beginne deshalb mit dem Jahre 1895, weil seit dieser Zeit zwei Filialen hier bestehen (1894 wurde die Filiale II errichtet) und daßselbe ein bedeutendes Lehr- und Prüfungsjahr für die Maler war und mir von da an genauere Daten zur Verfügung stehen. Ich will versuchen, so objektiv als möglich zu urtheilen und alles Persönliche, so weit dies angeht, aus dem Spiele zu lassen.

In ganz Deutschland wird die alte Noris als eine Stadt der Intelligenz und als eine Hochburg der Sozialdemokratie angesehen und mancher wandernde Arbeiter hat sich diese alte Fabrik- und Handelsstadt als Ziel gesetzt. Aber auch hier so wenig wie anderswo ist alles Gold, was glänzt. Freilich möchte man glauben, eine Stadt, die bei politischen Wahlen

nahezu 23 000 Stimmen für die Sozialdemokratie abgibt, müßte auch gewerkschaftlich vorzüglich organisiert sein. Daß dem nicht so ist, kann man aus dem Bericht des Arbeitersekretariats ersehen, wonach am 31. Dezember 1900 insgesamt 12 315 Arbeiter (11 295 männlich 1020 weiblich) organisiert waren. Obwohl nicht weniger als 5984 Mitglieder aufgenommen wurden und 2122 aureisten, weist der Bericht gegenüber dem Vorjahr nur eine Zunahme von 204 Mitgliedern auf. Die Ursachen für die ungenügende Bevölkerung am Gewerkschaftsgebiet dürften zum Theil in der Masse von ungelernten Arbeitern, einer Erscheinung aller bedeutenden Fabrikorte, zu suchen sein, wohl aber auch darin, und dies trifft speziell in unserem Berufe zu, daß eine größere Anzahl von besser stuherten Arbeitern vorhanden ist, die der Meinung sind, sie haben nicht nötig, sich der Gewerkschaft anzuschließen, da sie ja Jahr aus Jahr ein Beschäftigung haben, meistens im Besitz von Verträgen mit den Unternehmern sind und ihnen deshalb eine ebenso Lohnbewegung nichts nützen könne. Man mag diesen Leuten das Feste ihrer Ansicht noch so oft und noch so überzeugend nachweisen, sie sind keines Besseren zu belehren. Lebrigens sind die Personen auch selten in allgemeinen Versammlungen zu sehen.

Als sich 1894 die Lackirer von der Filiale lösten und die Filiale II errichtet wurde, traten derselben ungefähr 44 Mann bei. Die Lösung geschah unter der Aussicht, daß durch die in Fabriken beschäftigten Lackirer und die in der Spielwarenbranche beschäftigten Lackierinnen leichter zu gewinnen. Es gelang auch, mehrere Frauen in die Organisation zu bekommen. Nachdem aber die hiesige freiständige Matthausherrlichkeit mehrere weibliche Mitglieder mit Strafen bedachte, wurden die Frauen eingeschüchtert und blieben fern. In den ersten Jahren wollte die Filiale II nicht recht gebeten und auch die alte Filiale hatte keinen Vorbehalt von der Trennung, wurden ihr dadurch doch manch alte, tüchtige Filiale entzogen. Auch wollten die Tüncher ihre eigene Filiale haben. Lassen wir nun einige Zahlen reden über den Stand der beiden Filialen.

Bei der Gründung der zweiten Filiale waren ungefähr 170 Kollegen organisiert, von denen, wie bereits angeführt, etwa 44 der Filiale II beitrat. Im Jahre 1895 ist der Mitgliederbestand der neuen Filiale ziemlich der gleiche geblieben, der der alten Filiale infolge des Streits wohl gesunken. Nach den Sekretariatsberichten ist der Mitgliederstand in den nächsten Jahren folgender:

1896	Maler	89,	Lackirer	44
1897	"	104,	"	37
1898	"	173,	"	74
1899	"	162,	"	92
1900	"	125,	"	62

Hierzu ist zu bemerken, daß diese Zahlen für den festen Jahresabschluß gelten. Wir werden ja später sehen, wie die Entwicklung überhaupt vor sich ging.

Angesichts der günstigen Konjunktur glaubte ein großer Theil Kollegen der alten Filiale, angefeuert von dem damaligen Bevollmächtigten Küppert in eine Lohnbewegung einzutreten zu müssen. Man hat dabei zweierlei außer Acht gelassen; erstens, daß zu einem Lohnkampf vor Allem Geld und eine gute kräftige Organisation gehört, und zweitens, daß der 1. Mai, der Tag zum Zählen des Wohnungszensus, ungünstig zum Loszögeln ist, weil dann die heruntergekommenen Kollegen schon im Voraus aller Mittel blos sind. Es fehlte an ruhiger, tüchtiger Überlegung. Meines Erachtens hätte auch das berücksichtigt werden müssen, daß sich erst im Jahre vorher (1894) die beiden Filialen voneinander trennten. Sie kann nun allerdings nicht genau unterschieden, wem die größere Schulde ausgeschrieben ist, daß der Streit ausbrach, der Filiale über dem damaligen Verbundsposten. Meines Erachtens haben beide gefehlt. Die Filiale hätte den Hauptvorstand von den ganzen örtlichen Verhältnissen unterrichten müssen, Pflicht des Hauptvorstandes wäre es gewesen, genauen Einblick in die Klassen- und sonstigen Verhältnisse zu nehmen. Dies wurde leider unterlassen. Kurz und gut, es wurde beschlossen, am 1. Mai die Arbeit niederaulegen, falls bis dahin die Unternehmer nicht nachgaben. Die Arbeit wurde niedergelegt, wie unter diesen Umständen nicht anders zu erwarten, ging der Streit verloren und die Filiale war riesig geschädigt. So rückte sich das heiterseitige unüberlegte Handeln. Austritt auf Austritt erfolgte und die wenigen Gebliebenen mußten nun an das Abzählen der nicht geringen Schulden gehen. Zu bemerken ist noch, daß der sogenannte "Malerverein" anfangs sich mit den Vorberührungen einverstanden erklärte und sich hernach aber feige hinter allerlei nichts sagende Ausreden versleckte.

Um sich den Kredit am Orte zu erhalten, mußten die Schulden an die hiesigen Gewerkschaften usw. in erster Linie bezahlt werden. Um dies möglich zu machen, wurde der Hauptvorstand ersucht, die Beiträge am Orte behalten zu dürfen, was dieser auch bewilligte. Dadurch wurde die Hauptklasse Gläubiger, es wurde also ein Loch ausgebrochen und ein anderes aufgemacht. Es entstanden denn die Schulden, die die Filiale nicht mehr vollständig los werden konnten und die erst die letzte Generalversammlung in Würzburg bestätigte. Die Thatsraft der Filiale aber wurde dadurch gefährt, die hervorgerufene Antipathie gegen den Hauptvorstand und die Norddeutschen erschwert die Agitation und

wirkten diese Zustände zweifellos auch auf die Filiale II schädigend über.

Dennoch wurde 1893, beim Münzberger Ausstellungsfahr, übermals versucht, die Lage der Maler, Tüncher und Anstreicher zu verbessern, diesmal mit Erfolg, ohne ausständig werden zu müssen. Der Streit von 1893 hatte nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Unternehmern doch manches gelehrt. Es wurde die 9½-stündige Arbeitszeit bewilligt; die ½-stündige Mittagspause eingeführt; ein Minimallohn von 35 M. und 25 Prozent Zuschlag für Überstunden vereinbart und noch sonstige kleine Verbesserungen getroffen. Damit war auch wieder einigermaßen Ruhe unter die Kollegen gekommen und ist von da an wieder ein Ausschluß in beiden Filialen zu verzeichnen. (Man vergleiche hierzu die vom Hauptvorstand ausgearbeitete Statistik für 1893.) Zum ersten Male kam die Zahl der Mitglieder im Sommer weit über 100 hinaus. Auch in der Filiale II zeigte sich ein kleiner Aufschwung.

Das Jahr 1897 brachte beiden Filialen einen abermaligen Ausschluß; jedoch sank die Filiale II bis auf 37 Mitglieder im Winter herab. Das Vereinsleben wurde etwas röger, Diskussionsabende eingeführt und dadurch bewillt, daß der Versammlungsbesuch ein besserer wurde. Aus der vom Arbeiterselbstverständnis vom 15. Juni bis 10. Juli 1897 aufgenommenen Statistik sei folgendes hervorgehoben: Es beteiligten sich daran 85 Maler, Tüncher und Anstreicher, wovon 51 ledige, durchschnittliche Arbeitszeit 60 Stunden (64 Kollegen), niedrigste Arbeitszeit 57 Stunden (18 Kollegen), höchste Arbeitszeit 63 Stunden (3 Kollegen), Durchschnittslohn der Ledigen 23 M. (26 Kollegen), niedrigster Lohn 18 M. (23 Kollegen), Höchstlohn 20 M. (7 Kollegen), Durchschnittslohn der Verheiratheten 24 M. (17 Kollegen), Mindestlohn 20 M. (5 Kollegen), Höchstlohn 30 M. (7 Kollegen). — Ladiner: Beteiligte 69, wovon 26 ledig. Durchschnittliche Arbeitszeit 60 Stunden (60 Kollegen), höchste Arbeitszeit 65 Stunden (9 Kollegen), Durchschnittslohn der Ledigen 22 M. (20 Kollegen), Mindestlohn 19 M. (6 Kollegen), Durchschnittslohn der Verheiratheten 22 M. (19 Kollegen), Mindestlohn 18 M. (19 Kollegen), höchster Lohn 25 M. (5 Kollegen). Zu erwähnen ist ferner, daß infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges eine sehr starke Nachfrage nach Wohnungen eine förmliche Wohnungsnöthe vorhanden war. Für eine Wohnung mit drei kleinen Zimmern und Küche muhten 300 bis 340 M. bezahlt werden. Ledige muhten 180—3.— M für ein einfaches Zimmer bezahlen.

Im Jahre 1898 erreichte die Filiale I die Mitgliederzahl von 215 Kollegen und waren selbst am Jahresende noch 173 Mitglieder zu verzeichnen. Auch hatten wir 141 Aufnahmen. Mehrere große Versammlungen wurden abgehalten und die Unternehmer besetzten die Stuhlnlöcher, je nachdem die Organisation 5 M. pro Stunde Zulage gefordert, um 2—3 M. auf. Nur der einstötigen Leitung der Verwaltung war es zu verdanken, daß es nicht zum Ausstände kam. Auch die Filiale der Lackierer hatte 79 Aufnahmen zu verzeichnen.

Im folgenden Jahre wurde die Höhe der Mitgliederzahl wieder erreicht; bei den Lackierern sogar überstiegen, die am Jahresende noch 92 Mitglieder zu verzeichnen hatten. Die Filiale I wies 173, die Filiale II 55 Aufnahmen auf. Außer einigen kleinen Pünktchen mit den Unternehmern, über die im "Vereins-Anzeiger" berichtet wurde, glich die Bewegung der des Vorjahres. Der Versammlungsbesuch war im Allgemeinen ein guter zu nennen. Aber schon zeigte sich eine leise Aufblähung in der Geschäftsjahrszeit, die 1900 anhielt und damit auch die Organisation beeinträchtigte. Der Besuch der Versammlungen ließ etwas nach und statt sich von größeren Gesichtspunkten leiten zu lassen, verhielten gar manche Kollegen in einer Kleintümmerie, düsterten an kleineren Dingen herum und erichwirten damit der Verwaltung die Arbeit; ja machten dieselbe geradezu misstrauisch, sobald am Schluß des Jahres die gesamte Verwaltung, die zum größten Theile jahrelang die Geschäfte geführt, eine Wiederwahl ablehnte und nur der Bevollmächtigte noch einmal annahm. Ziemlich hatten wir noch eine Aufnahme von 101 Kollegen zu verzeichnen. Auch in der Filiale II ließ der Versammlungsbesuch nach und trotzdem auch sie 38 Aufnahmen hatten, sank ihre Mitgliederzahl doch beträchtlich. Der Jahresbericht des Arbeiterselbstverständnisses führt nicht weniger als 64 ausgeschiedene Mitglieder auf, bei den Malern 45. Im Winter nahm die Arbeitslosigkeit stark überhand und sollte kein merklicher Aufschwung mehr folgen. So schwante denn im heutigen Jahre die Mitgliederzahl immer auf und ab und war die Höchstzahl in diesem Jahre 165 in der Filiale I. Selbst im Sommer waren ständig Arbeitslose zu verzeichnen. Die großen Versammlungen wurden schlecht besucht, waren doch in einer von den beiden Filialen, der Malerfrankfurter und dem Malerbund gemeinsam einberufenen Versammlung nur 45 Kollegen anwesend, darunter zwei Meister. Was werden sich diese wohl gedacht haben, wenn die Gehälter nicht einmal für eine Versammlung, in der über die Berufskrankheiten und die Mittel zu deren Vorbeugung gesprochen wird, Interesse haben? Man kann hier wirklich sagen, mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit wuchs auch die Interessentenlosigkeit!

In den Mitgliederversammlungen aber wird an Allem herumtrüttet, besonders werden die Maßnahmen der Verwaltung stark unter die Lupe genommen, niemals aber Mißstände aufgezeigt oder gar Vorschläge zur Beseitigung solcher gemacht. Erst kürzlich zeigte sich wieder (Herbergssangelegenheit), daß die Verwaltung mit ihren Vorschlägen weiter sah, als das Groß der Kollegen. Vielleicht ist es eine Lehre, vielleicht auch nicht! Hoffen wir es. Für den Winter ist nun ein vom Bevollmächtigten ausgearbeitetes Programm einstimmig aufgestellt worden. Alle vierzehn Tage findet ein Vortrag statt, die alle Arbeiterfragen und sonst Wissenswertes behandeln und sind hierzu eine Reihe geeigneter Kräfte gewonnen. Zweck dieser Vorträge soll sein, die Kollegen in ihrem Wissen zu bereichern und rethorisch zu schulen. Gleich den Vorträgen wird auch heuer wieder eine Fachschule abgehalten. Es ist also auf allen Gebieten Sorge getragen und rufen wir daher den Kollegen zu, den kleinlichen Geist fahren zu lassen und das Solidaritätsgefühl, das Gefühl der Zusammenghörigkeit wieder in den Vordergrund treten zu lassen, neue Mittelpunkte anzuwerben und stets nach dem von den Gewerkschaften erzielten Zielen zu streben.

Wir haben ein großes Arbeitsfeld vor uns. Was soll es helfen, wenn von den über 1000 hier beschäftigten Kollegen in beiden Filialen zusammen 220 organisiert sind? Gerade der gegenwärtig schlechte Geschäftsgang, die zunehmende Arbeitslosigkeit kann und wird vielleicht manchem Indifferenter die Augen öffnen. Versammlungen sind daher zu arrangieren, Arbeitslosenzählungen vorzunehmen, die in den letzten Jahren vernachlässigte Statistik muß wieder mehr gepflegt werden und dergl. mehr. Es ist besonders bezeichnend, daß gerade die hier am schlechtesten entlohnten Arbeiter, die Möbel-lackierer, bisher nicht zu gewinnen waren und sich die Fabrikäcker in der guten Konjunktur immer mehr der Sorge losgelöst haben. Ist es für diese Arbeiter an und für sich schwer, sich Verbesserungen zu verschaffen, so ist dies jetzt, wo dem Schusterkreis Entlassungen auf Entlassungen folgten, geradem ausserst knapp. Zeit zeigt sich auch recht drastisch die Schädlichkeit der Akkordarbeit. Richten in der guten Konjunktur die Arbeiter nach immer höherem Verdienst und treiben dadurch nur zu oft Akkordföhre herunter, wurden

infolgedessen immer feindseliger aufeinander, so hat dies jetzt sein Ende erreicht und die niedrigen Löhne, eine stete Begleitererscheinung des Akkordsystems, zeigen sich in ihrer wahren, traurigen Gestalt. Dem Rausche des "hohen" Verdiens, infolge standöder Akkordindustrie, folgt der Kahnsjammer des Glends und der Arbeitslosigkeit! Und kein Ausweg ist jetzt vorhanden. Nur eine starke kräftige Organisation könnte diesem Glend einigermaßen entgegenwirken. Aber sie wurde vernachlässigt, man hatte es ja nicht nötig, sich zu organisieren; man sagte lieber allem möglichen Klubbin nach und sieht rácht sich dies. Hätten diese Kollegen dafür Sorge getragen, die Organisation zu kräftigen und auszubauen, dann wäre diese jetzt nicht zur Hülflosigkeit verdammt; dann könnte sie eingerufen und von der Direktion Berücksichtigung der Arbeitszeit fordern und mit Nachdruck vertreten, dadurch würde der Arbeitslosigkeit wesentlich gesteuert und das äußerste Glend hinter gehalten. Nicht die wenigen Organisierten sind Schuld an der Hülflosigkeit der Gewerkschaft, sondern jene, die ihr bis jetzt fernstanden; sie haben dem Unternehmerthum die Waffen schmieden helfen, die jetzt gegen sie gebracht werden.

Alles dies muß den Kollegen zu Gemüthe geführt werden,

und auch sonst darf man keine Gelegenheit vorübergehen lassen,

helfend einzutreten. Darum, frisch an die Arbeit, Kollegen, agitirt und organisiert!

A. Mack.

Schadenerfahrliekt der Unternehmer bei Arbeiter-aussperrung.

Beim Hamburger Landgericht ist dieser Tag nach dem "Hamb. Echo" ein Zivilprozeß anhängig gemacht, dessen Ausschlag für die ferneren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeitersklasse in Deutschland hochbedeutsam werden dürfte. Derselbe resultiert aus den großen Aussperrungen, die im Sommer 1900 auf den Hamburger Werften und Docks auf Beschluss des Verbandes der Eisenindustriellen (Mitglieder des auch vom großen Hafenarbeiter-Streik fastsam bekannten Arbeitgeberverbandes) vorgenommen wurden, um den Streit der Nieter auf der Neuerburg-Schiffswerft, einer verhältnismäßig geringen Anzahl Arbeiter, niederzuwerfen. Die damals so brutal ausgeprägten Laufende von Arbeitern wolle jetzt im Wege der Zivilsache Erstaz für den ihnen durch die Aussperrung zugefügten Schaden beanspruchen. Die Höhe der geltend gemachten Forderungen bewegt sich in den einzelnen Fällen zwischen 200 und 400 M. Zusammengestellt dürfte das Klageobjekt bei den mehreren Tausenden von Aussperrten zwei Millionen Mark noch etwas überschreiten. Es werden nun jedoch nicht sofort alle Mann auf einmal klagen, sondern vorläufig haben elf Metallarbeiter, die ihren Schaden, den durch die Aussperrung erlebt haben, auf zusammen 3202,40 Mark berechnet, eine Art Probelage angestrengt, um die Rechtsfrage im Prinzip bis zum Reichsgericht durchzufechten.

Das Reichsgericht hat in einem ähnlichen Falle schon einmal entschieden. Freilich war damals die Sachlage ungleich. Es handelte sich um die Schadenerfahrliekt des Kommerzienrats Kuhn in Ruffenhofen-Stuttgart, wo 20 former zu über 2000 M. verurteilt wurden. Und schließlich war, was außerordentlich wichtig ist, auf Solidarhaft erkannt worden, d. h. jeder Einzelne soll haftbar sein für die gesamte Schuld, falls die anderen zahlungsunfähig und unpäckbar sind.

Wir haben in Nr. 10 des "Ver.-Anz." unter der Stichmarke "Schadenerfahrliekt streitender Arbeiter" diese Angelegenheit in Sachen des Formersstreits ausführlich berichtet, zugleich ist in dem Artikel auch auf die Bedeutung der §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches hingewiesen.

In der Magazin des eingangs erwähnten Zivilprozesses wird aus der rechtswidrigen vorzeitigen Aufführung des Arbeitsverhältnisses durch die Werftbesitzer die Schadenerfahrliekt der leichteren hergeleitet, und weiter daraus, daß die Arbeiter durch die Aussperrung wochenlang an der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft in ihrem Beruf und an ihrem Wohnsitz gehindert worden sind. Gestützt wird die Klage auf allgemein rechtliche Gründungen und im besonderen auf die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Es wird in dem Klageantrage aber auch, und diese Frage ist besonders bedeutsam, verlangt, die Befragten zu solidarischer Haftung für den gesamten, den elf Klägern entwachsenen Schaden zu verurtheilen. Zur Begründung dieses Antrages wird ausgeführt: Die Befragten hätten im bewußten und gewollten Zusammenwirken als Mitglieder des Verbandes der Eisenindustriellen (Gruppe Werftbesitzer) die Aussperrung vorgenommen, um den Willen der Nieter der Neuerburg-Werft zu brechen, und dadurch in ihrem Vermögen geschädigt. Deshalb seien sie auch für den Schaden solidarisch haftbar.

Dringt diese Klage, und zwar besonders der Antrag auf solidarische Haftung der Befragten für den Gesamtschaden durch, und daran zweifeln sehr nachhaltig Juristen nicht, so würde das für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter von allergrößter Bedeutung sein. Die brutalen Aussperrungen, wie man sie 1890 in Hamburg, dann auf den Werften im Sommer 1900 beobachtete, wie sie noch in diesem Jahre im Baugewerbe in Halle a. S. stattfanden, und wie sie jetzt wieder in Leipzig in der Lokbezeichnungsindustrie drohen, blieben dann wohl kaum noch vorgenommen werden, wenn mancher Unternehmer darüber sich doch bestimmen, wenn ihm die Gefahr droht, möglicherweise für Unternehmerkollegen, die nicht solvenz sind, die Rechte zahlen zu müssen.

Der erste Verhandlungstermin ist dem interessantesten Prozeß ist auf den 3. Januar 1901 angesetzt, und zwar vor der Zivilkammer VII des Hamburger Landgerichtes.

Aus unserem Berufe.

Differenzen in Dortmund. Am Montag den 28. Ott. fand in Dortmund eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich mit der endgültigen Stellungnahme zu den in der Werkstelle b. Werne gemachten Lohnabzügen befaßte. Der Bevollmächtigte, Kollege Hilgendorf, wies zunächst auf die in den am Freitag und Sonntag in dieser Angelegenheit stattgefundenen Versammlungen bekannt gegebene Thatsache hin, daß in genannter Werkstelle bereits zum wiederholten Male der Versuch gemacht wurde, die hier ortsüblichen Löhne zu kürzen. Das erste Mal habe man versucht, pro Stunde 2—3 M. in Abzug zu bringen, jedoch sei dieser an dem gemeinsamen und energischen Auftreten der Kollegen gescheitert. Diesmal versucht es Herr b. Werne mit 1—2 M. pro Stunde; es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß wenn man sich dies gefallen ließe, weitere Abzüge folgen würden. Da in der Werkstelle etwa 55 Kollegen, davon 35 Organisierte, beschäftigt seien, wäre es Pflicht der Filiale, dazu Stellung zu nehmen. Den Auftrag, an dieser Versammlung gemeinsam einzutreten, habe er ausgeführt und sei Kollege Löbler als Vertreter erschienen. Derselbe ergriff nun mehr das Wort und bemerkte in seiner Einleitung, daß er es als seine Pflicht erachtet, in der heutigen Versammlung gemeinsam mit den Kollegen zu vertragen, was in der Lohnabzugsfrage zu thun sei. Nach eingehender statigfundener Diskussion stellte den Kollegen genannter Werkstelle das Bestimmungsrecht zu und im Falle einer Arbeitsniederlegung sei die finanzielle Unterstützung durch die Hauptklasse sicher. Wenn

gesagt wird, es erhebe die Ehre der Organisation, Lohnabzüge unter allen Umständen mit Arbeitseinstellung zu begegnen, so ist diesem doch nicht ohne Weiteres anzutreffen. Die Ehre der Organisation wird am besten gewahrt, wenn man aus richtiger Erkenntniß der wirtschaftlichen Verhältnisse heraus nur dann zu Aktionen schreit, wenn man die Überzeugung gewonnen, daß für die Organisation und deren Mitglieder kein Schaden entsteht. Um bei den augenblicklichen schlechten Arbeitsverhältnissen die Lohnabzüge abzuwehren, da gehört vor allen Dingen eine straffe und gut abgesetzte Kollegenschaft, die selber hier in Westfalen so auch in Dortmund nicht vorhanden ist. Der fortwährende Wechsel der Mitglieder und der Verwaltung sei nirgends in dem Maße zu finden, wie hier und daher auch bis heute der Einfuß auf ein geregeltes Lohnverhältnis seitens der Organisation gering. Der Arbeitsmarkt sei augenblicklich mit Arbeitskräften überfüllt, weshalb es ein leichtes für den Unternehmer sei, die die Arbeit einstellenden Kollegen bald zu erheben. Dabei dürfe in diesem Falle nicht vergessen werden, daß auf die zwanzig Nichtorganisierten kein Verlust sei. Wenn auch angenommen würde, daß bereits der erste Druck den Unternehmer zu zwingen vermöge, von einem Lohnabzug Abstand zu nehmen, so sei eine derartige Hoffnung sehr gering, während andererseits die Gefahr einer Niederlage groß ist. Durch Misserfolge wird aber das Zutrauen zur Organisation nicht gestärkt, besonders wenn den mit dem Wesen der Organisation noch nicht vertrauten Kollegen ein finanzieller Schaden erwächst. Wir werden nicht so unflug handeln, den Kampf mit dem Unternehmer aufzunehmen, wenn er danach verlangt, sondern dann, wenn er uns paßt. Den Kampf für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse können wir mit Erfolg führen, wenn uns günstige wirtschaftliche Verhältnisse zur Seite stehen. Auch in Dortmund wäre es an der Zeit, endlich durch Abschluß eines Lohnarbeitsvertrages diesem willkürlichen Verhältnis ein Ende zu machen. Dieser Unternehmer hat die Abzüge nur all zu offensichtlich gemacht, denn hätte er alle Arbeiter entlassen und dafür andere eingestellt, so hätte man sich die geringere Entlohnung für den Winter ohne Weiteres gefallen lassen. So lange keine Lohnarbeitsverträge vorhanden, werben die Unternehmer auf die eine oder andere Art im Winter bei schlechten Verhältnissen die Löhne für sie. Zwischen war ein Auftrag eingegangen, eine Kommission zu wählen, welche die Lohnabzüge einstellen soll und im Falle die Kommission kein günstiges Resultat erzielt, ist die Arbeit einzustellen. Nach einer längeren und sehr lebhaften Diskussion stimmten von den aus betreffender Werkstelle anwesenden 35 Kollegen 19 für und 16 gegen Auftrag. Da die 2½-Mehrheit, welche zur Arbeitseinstellung nötig, nicht vorhanden war, war der Auftrag abgelehnt. Nachdem noch der Kollege Buchelt einige beherzigenswerte Worte an die Kollegen gerichtet, wurde die Versammlung geschlossen. — Trotz dieses Beschlusses haben am Dienstag Morgen elf Mann die Arbeit eingestellt; dieser Schritt soll für Herrn von Werne sehr unangenehm gewesen sein, indem das Geld zur Auszahlung der Akkordgelder nicht vorhanden war.

Von Berlin schreibt man uns: In der letzten Nummer des "Vereins-Anzeigers" erschien ein Artikel über ein Vorlommus in der Werkstatt Barthel, welches unter den dortigen Kollegen "große" Ereignisse hervorgerufen hat. Besonders einige von den "Gangesbrüdern" (Organisierte und Unorganisierte) nahmen den Mund sehr voll. Zu dem Artikel möchte ich einiges ergänzen bzw. berichtigten. Für den schwerkranken Kollegen wurde nur an zwei Sonntagen gesammelt und glaube ich hervorheben zu dürfen, daß die fast gänzlich organisierte Kollegenschaft der Werkstatt Barthel sich daran beteiligte, trotzdem die Kollegen in anderer Hinsicht oft genug Opfer bringen, wozu die Kunden nie zu bringen sind. Die Kollegen haben sich an der Sammlung beteiligt aus rein menschlichen Gründen, trotzdem sie einem Kollegen galt, welcher von Solidarität nie etwas hielt oder wissen wollte. Die Aufrufung zum Sammeln ging nicht von Herrn Barthel aus, sondern von zwei Kollegen, wodurch sich das gegen Herrn Barthel erübrigte.

Es ist tieftraurig und jeden Menschenfreund wird es trübe stimmen, daß, sobald der Genährer erkrankt ist, auch gleich die Not und die Sorge ins Fenster guckt, hundert mal schlämmer für den, welcher in gesunden und glücklichen Tagen lachend und höhnend sich den Lüstnerungen seiner Kollegen verschloß. Jetzt, wo das Unglück in seiner ganzen Größe da ist, wird es bereut. Jetzt fehlt der so nothwendige Müllschutt; daß Wissen, die Auflösung, die man sich hätte mit Leichtigkeit aneignen können, fehlen, um erfolgreich Schritte unternehmen zu können. Es wird agitirt und gerietet; die Kollegen müssen sich dumm kommen lassen obendrein von Leuten, die ihnen nicht einmal das Wasser reichen können in Bezug auf Intelligenz. Mögen sich die Kollegen bestimmen, welche noch arbeitsfähig stehen. Schlicht Euch dem Verbande an. Ihr erhaltet da den so ungeheuer nothwendigen Einblick in das Versicherungswesen. Ihr werdet vertraut mit den Wegen, die Ihr einzuschlagen habt in Beilen der Not und habt am Ende einen starken Rückhalt! Kümmert Euch mehr ums öffentliche Leben; gebt lieber ein paar Pfennige mehr aus für gute Letturen und lasst Euch nicht verbunden und zur Gleichgültigkeit erziehen durch das Lesen der Kummelblättchen ("Deutsches Blatt" usw.). Der Fall mit dem schwer erkrankten Kollegen möge jedem ein warnendes Beispiel sein. Hätte derselbe den ersten Ermahnnungen früher Gehör geschenkt, so brauchte er heute nicht zu danken, sondern mit vollem Recht konnte er fordern; ja, er hätte gar nicht so schwer erkranken können, denn nicht der Arzt allein kann Krankheiten verhindern und heilen, sondern die Erkenntniß, die Übung von Wissen! Und dann vergeht nicht den moralischen und fiktiven Halt, den Ihr auf dem von weiterstaudenden Kollegen gehaltenen blühenden Verbande habt! Und dann noch eins: Für was hat die Arbeiterschaft mit hoher Mühe sich die Hülfstellen, Organisationen usw. geschaffen, warum versucht sie Einfluß zu gewinnen in den staatlichen usw. Einrichtungen? Doch nur zum Schutz gegen Not, Glend und Unterdrückung. Wohin sollte das führen mit dem Sammeln? Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig. Dadurch wird ja tatsächlich eine Prämie auf den Indifferentismus gesetzt.

Es wird sicher jeder Kollege das hier betonte Menschlichkeit gefühl zu schämen wissen, wenn es gilt, für ungünstige Kollegen einzutreten und die größte Not zu lindern. Wer jedoch die Berliner Verhältnisse so genau kennt wie der Einleiter der ersten Notiz, hat unseres Erachtens vollkommen Recht, endlich einmal die Gefäßdusse bei Gott zu lassen. Gerade jolche Kollegen, die Jahre lang in einer Bude festliegen, sind unsere schwärmenden Gegner, viel schwärmmer als die Unternehmer selbst; wir brauchen nur daran zu erinnern, wie oft durch einen solchen Kollegen ganz miserable Zustände sich in den betreffenden Buden eingeschlossen haben. In keiner Stadt Deutschlands ist mehr Gelegenheit zur Auflösung geboten als in Berlin und wer trotzdem sich um nichts kümmert, sogar feindlich setzt einen eigenen Klassenkollegen gegenüber herabsetzt, verdient nicht das hülfreiche Einschreiten derjenigen, die dieser "Bebauernsvertrieb" stets mißachtete. Es

mag das hart erscheinen, aber wer, wie Schreiber bieß, so oft in dieser Hinsicht getäuscht und betrogen wurde, ist mit der Zeit eines anderen belehrt worden. D. Steb.)

Der Sammlungs-Berichte.

Berlin I. Am 15. Oktober er. fand im Berliner Gewerkschaftshaus die ordentliche Generalversammlung statt. Nach einem beißig aufgenommenen Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung früher und jetzt“, erstattete Stolze Plum zum Punkt 2 den Kassenbericht. Derselbe ergiebt pro drittes Quartal eine Einnahme von 1521.16 M und eine Ausgabe von 1184.98 M, bleibt ein Stassenbestand von 336.18 M. Zu die Hauptkasse wurden abgesandt 2624.64 M. Dem Stassirex wurde Becharge ertheilt und gleichzeitig aufgegeben, bei späteren Kassenberichten die Ausgaben spezieller event. prozentual zu geben. Der Appell des Kollegen Reich an alle Kollegen, für die Stabilität der neu gewonnenen Mitglieder mehr Sorge zu tragen, weil ca. 50 Kollegen sehr rückläufig seien, wird leider bestätigt mit der Erklärung, daß die laufende Zulassenummer bereits über 1600 hinzusgeht und stetig steigen wird, wenn jedes Mitglied seine Pflicht erfüllt. Auch wurde das neue Leben der Berliner Filiale von seiner Seite widersprochen. Für die noch ausstehenden Glasarbeiter und Bauanschläger wurden je 15 M bewilligt. Ferner wurde beantragt, schon jetzt Sorge für Neuwahl der vier Kollegen im Gehülfenausschuß zu tragen und werben auf Wunsch des Vorstandes vorläufig vier Kollegen normirt. Eine Beschwerde des Kollegen Hammer über die Handhabung des paritätischen Nachweises wurde dem Senatorium überwiesen. Nachdem vom Kollegen Siebert noch bekannt gegeben, daß die Bibliothek seit kurzem im Gewerkschaftshaus Z. 36 untergebracht und die Ausgabe der Bücher jetzt während der wochentäglichen Bureauauflinden durch den Verwaltungsbüroten geschieht. Die fleissige Benutzung der Bibliothek empfehlend, macht derselbe die Kollegen noch darauf aufmerksam, daß noch Stoffseiten und Maßnahmen unserer früheren Nachschule unentgeltlich an Mitglieder abzugeben seien.

Dresden 1. In der am 22. Oktober in Geßls Gasthaus tagenden Versammlung, welche gut besucht war, referierte Kollege Streine über: „Die Thätigkeit des Dresdener Gewerkschaftskartells“. Besonders waren es in der letzten Zeit die Aussperrung der Tabakarbeiter in Morghausen, der Generalstreit der Glasarbeiter und noch verschiedene kleine Streiks und Ausperrungen, womit es sich zu befassen hatte. Ferner die Wohnungsfrage, der städtische Arbeitsnachweis, eine allgemeine Arbeitslosenzählung für kommenden Winter und die abormalige Einrichtung mehrerer Wärmestuben, nachdem die Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit die Hände in den Schoß gelegt hat. Auch ist es den Bemühungen des Kartells zu zuschreiben, daß der Preis zum Besuch der Kunstausstellung für die Gewerkschaftsmitglieder herabgesetzt worden ist. Um all diese Arbeit bewältigen zu können, machten sich viele öffentliche und interne Vorstandssitzungen nötig. Nach alledem können wir wohl mit unserem Dresdener Gewerkschaftskartell und seinen Leistungen zufrieden sein. Am Gewerkschaftlichen wurde der Beschuß gefaßt, uns an der allgemeinen Arbeitslosenzählung zu beteiligen und das Resultat für unseren Beruf herauszufassen. Auch wurden verschiedene Missstände zur Sprache gebracht, welche mit Eintritt der ungünstigen Jahreszeit immer mehr überhand nehmen. Es ist Pflicht aller Kollegen, sich gegen verachtige Verhältnisse, worunter wir zu leiden haben, zusammenzuschließen. Die gemeine Handlungswise eines Kollegen Sust wurde einer scharfen Kritik unterzogen.

Scharfen Kritik unterzogen.
Schramberg. Die hiesige Faziale hielt am 28. Okt. eine Versammlung ab, in welcher Stolze Ludwig über: „Die heutige wirtschaftliche Krise und die Aufgaben der Organisationen“ referirte. Nachdem er die verschiedenen Ursachen der Krise ausführlich dargelegt hatte, führte er in erster Linie die Aufgaben der Organisation aus, die zu erfüllen unsere Hauptaufgabe jetzt namentlich sein muß: 1. Weiterer innerer Ausbau der Organisation; 2. Aufrechterhaltung der erungenen Vortheile und 3. Ausbreitung nach außen, damit wir nachher, sobald die Geschäftslage wieder besser ist, mit verstärkten Kräften den Kampf aufnehmen können. Die Ausführungen wurden mit reichem Beifall belohnt. Als weiterer Punkt von allgemeinem Interesse kam zur Sprache, welcher hauptsächlich angeregt wurde durch die Unzufriedenheit hiesiger Kollegen, die sich als Weißbinder (Verpußer) zurückgesetzt fühlen, da im „Vereins-Anzeiger“ wie auch in sonstigen Sachen immer alles nur für Maler und Anstreicher berechnet sei. Es wurde daher empfohlen, anstatt der jetzt bestehenden vielen Fachorganisationen einen Bauarbeiter-Verband einzurichten, denn dadurch würde namentlich der Organisation an kleineren Orten ein großer Vortheil erwachsen, sowie viele weitere Vortheile im Verwaltungswesen. Be- antragt wurde noch, dieses auf dem nächsten Provinzialtag zur Sprache zu bringen. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 30, sie ist hauptsächlich durch Abreise verschiedener Mitglieder so weit gesunken, jedoch hoffen wir, wenigstens im nächsten Frühjahr die Zahl erheblich zu vermehren, da auch die Arbeitgeber durch ihr herrisches Vorgehen den Arbeitern keinen Zweifel mehr lassen über ihre Loyalität.

Um der Red.: Unser Beruf ist ein sehr vielseitiger und erfordert darum das gegenseitige Hand in Hand arbeiten. Es scheinen viele Kollegen der Meinung zu sein, daß der Redakteur genau alle Berufszweige kennen müsse und mit Absicht den einen oder den anderen Beruf zurücksehe. So hieß es vor einiger Zeit, die Lädiere würden stets hintenangesehen, jetzt beschweren sich die Weißbinder, daß zu wenig auf sie Bedacht genommen würde. Nein Kollegen, das ist ein Irrthum. Gewiß wäre es dem Redakteur sehr lieb, wenn er recht instruktiv über die Arbeitsmethoden und sonstige Verhältnisse der Lüncher, Weißbinder und Lädiere unterrichtet wäre, das ist aber leider nicht der Fall. Mögen die Kollegen nur bedenken, daß nicht nur in einzelnen Ländern und Provinzen, sondern sogar in einzelnen Städten ganz bedeutende Verschiedenheiten zum Vorschein kommen. Vielleicht geben diese Worte den Anstoß dazu, daß aus den Kollegentreffen der Lüncher und Weißbinder selbst einmal uns ein anschauliches Bild über die einzelnen Arbeitsmethoden usw. gegeben wird, nicht nur die Redaktion, auch die übrigen Kollegen Deutschlands, denen die Arbeitsteilung unserer süddeutschen Kollegen im Lüncher- und Weißbindergewerbe noch vielfach ganz fremd ist, werden es freudig begrüßen.

freudig begrüßten.
Siegen. Es ist an der Zeit, auch über unsere Verhältnisse wieder einmal etwas zu berichten. Am Juli sah sich der Gesellenausschuss mit den Meistern zur Gründung eines Arbeitsnachweises ins Benehmen. In der darauf stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung wurde nichts bezweckt, die Herren Meister wollten erst eine Innungsversammlung einberufen und diese Frage ventiliren. Der Gesellenausschuss wurde auf eine später gemeldet einzuberufende Sitzung vertröstet, natürlich kann er heute noch darauf warten. Trotzdem ist die Errichtung eines Arbeitsnachweises doch auch im Interesse der Meister gelegen, denn es hält schwer für dieselben, Sommer Leute zu bekommen. Wir können Fälle anführen, wo Meistige Meister den Gehülfen fünf Mark bezahlen wollten,

wenn sie Kollegen herschaffen würben, oder die Herren sind gezwungen, nach Köln, Düsseldorf, Gießen oder Frankfurt zu fahren, um Gehüßen heranzuholen. Interessant war es für uns, wahrzunehmen, in welcher Weise der Oberminister die Versammlung leitet, denn es ist kennzeichnend, daß von einem Mitgliede des Gesellenausschusses beantragt wurde, die Versammlung parlamentarisch zu leiten. Da, meine Damen und Herren, „wir haben uns bis jetzt in allen Sitzungen ganz schön unterhalten!“ Zudemfalls ist wohl die Meinung vorhanden, daß der Vorstehende Straß seines Wunsches auch ganz allein das Wort führen möcht. Nun, die Angelegenheit ist für uns noch nicht erledigt, denn unsere Organisation hat einen beachtenswerthen Aufschwung genommen. Deßhalb dürfen wir aber in der Agitation nicht erschrecken, noch mancher Kollege ist zu überzeugen, wer gleichgültig in den Tag hineinlebt. Unsere Herren Meister lassen es sich vagegen angelegen sein, mit allen Mitteln und die reinlichsten sind es nicht, gegen unsere Filiale zu arbeiten, da es ihnen geglaubt war, die frühere zu sprengen. Hierin dokumentirt sich für unsere übrigen Kollegen Deutschlands am bestens der Geist, der bei unseren Arbeitgebern vorherrscht. Hat man jüngeren Kollegen gegenüber getanzt, die Vorstandsmitglieder müßten in der Hölle verschmachten, und das alles nur, weil die hiesigen Kollegen ihr gesetzliches Recht in Anspruch nehmen und sich organisieren. Am meisten sind nun die Herren darüber aufgebracht, daß kürzlich hier eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung stattfand, in der Kollege Tobler Hamburg in auflärmender überzeugender Weise über „Die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Berufe und wie verbessern wir dieselben?“ referirte, denn sie gebückten sich, als ob wir ganz Siegen auf den Kopf stellen wollten und durch den Hamburger verheizt worden wären. Derweilen geht alles so ruhig ab, wissen doch unsere Kollegen ganz allein, was ihre Pflicht und Schulbigkeit ist. Mögen darum die uns noch Fernstehenden einsehen, wohin sie gehören und Schulter an Schulter mit uns kämpfen zum Wohle für uns selbst, unserer Frauen und Kinder. Kein einziger Kollege darf in der Organisation fehlen!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Arbeitslosenunterstützung hat in Dänemark bei Tischlerverband durch Abstimmung angenommen; dieselbe soll schon am 1. Januar in Kraft treten. Im Ganzen haben nun 20 dänische Gewerkschaften mit 33 000 Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

Der Handelschuhmacherverband hat den Wochenbeitrag von 45 auf 60 ♂ erhöht. Zu der Urabstimmung, die der Gattlerverband vornahm, haben sich 1980 Mitglieder beteiligt. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt; an der notwendigen Zweidrittel-Majorität fehlten 132 Stimmen. Der Beitrag wird um 5 ♂, also auf 25 ♂ erhöht und tritt am 1. Januar 1902 in Kraft. Den örtlichen Verwaltungen verbleiben 25 p $\%$ der Einnahmen.

Gämmeliche Zöpfer in Stein-Möhsau in
Unholt, 43 an der Zahl, sind ausgesperrt worden.
Um Fernhaltung des Zuganges wird ersucht.

Der Kampf der Tabakarbeiter in Nordhausen hat bis zur 24. Woche 101.058.94 M gefestet. Da mit den letzten acht Fabrikanten kein direkter Frieden geschlossen und noch viele Aussagesperre vorhanden, ist der Boykott gegen die betr. Fabriken noch nicht zurückgezogen.

Der berüchtigte Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt am 31. Oktober in Frankfurt a. M., Restaurant „Zum Taunus“, seine Generalversammlung ab. Nach Eröffnung derselben durch Herrn Felsch-Berlin, nahm ein Herr Lüsscher-Frankfurt das Wort, welcher die erschienenen Bundesmitglieder in Frankfurt willkommen hieß und die Mittheilung machte, daß man auch in Frankfurt a. M. daran gegangen sei, auch die Umgegend zum Anschluß an den Bund heranzuziehen, um gemeinschaftlich gegen die unerfüllbaren Forderungen der Arbeiterfront zu machen und jedem kommenden Sturm Widerstand leisten zu können. Der Vorsitzende theilt sodann mit, daß der Bund gegenwärtig aus 82 Verbänden mit zusammen 3500 Mitgliedern bestehé, daß seit vorigem Jahre 11 neue Verbände hinzugekommen; 39 Verbände mit 1100 Mitgliedern seien leider dem Bunde noch nicht beigetreten. Der Bunde habe wie Pflicht, im Frieden sich für den Kampf vorzubereiten, denn es würde doch nicht lange dauern, dann würde ihm der Kampf wieder aufgedrungen. Es sei eine Machtfrage für den Bunde.

Hoffentlich ziehen sämtliche Bauarbeiter daraus die Lehre, daß mit ungeschwächter Macht dafür gesorgt werden muß, dieser Gewaltorganisation gegenüber das Heer der Bauarbeiter immer mehr zu stärken und innerlich zu kräftigen. Den breitesten Raum nahmen die Berichte über die diesjährigen Arbeitseinstellungen im Baugewerbe ein. Schwer belagten sich die Herren aus dem Lande mit dem „Ochsenkopp“, da von der Hochburg der Sozialdemokratie, Hamburg, Agitatoren erschienen seien und die Streikenden zum Ausharren aufgefordert hätten. Im Übrigen stand, wie nicht anders zu erwarten, die Debatte auf gleicher Höhe wie auf dem Delegiertentag deutscher Baugewerksmeister zu München. Dabon nur eine Probe aus dem Referat des Berliner Stadtverordneten und Maurermeisters Esemann über die „Wohnungsfrage“: „Es sei nicht wahr, was im Januar v. J. im Reichstag behauptet worden, daß die Hälfte aller Wohnungen gesundheitsschädlich. Es sei zu fragen: Ist es gerechtfertigt, daß Staat und Stadt mit öffentlichen Mitteln ins Baugewerbe eingreifen und was ist daraus zu erwarten? Wenn es sich als nothwendig erweisen sollte, daß Staat und Stadt in Bezug auf Beschaffung billiger Wohnungen etwas thun müßten, so dürfe das nur nach dem Grundsache „Weisheit für alle“ geschehen.“

nach dem Grundsache „Gleiches Recht für Alle“ geschehen, sonst artet das Gesellschaftsleben aus in Kommunismus, Vergangenheit und Trägheit. Die Arbeiter haben heute solche Löhne, daß sie wohl im Stande sind, eine ihren Bedürfnissen angemessene Wohnung sich selbst zu beschaffen. Ihnen besonders billige Wohnungen aus öffentlichen Mitteln zu schaffen, würde die Moral des Arbeiters schädigen. Man solle den Arbeitern heute nur zurufen: Leistet wieder etwas mehr, seid nüchtern, sparsam und arbeitswillig, dann wird euch der Kampf ums Dasein leichter werden.“ — Wahrhaftig, nicht der schlimmste Reaktionär kann sich brutaler ausdrücken angesichts der herrschenden Geschäftslage,

als es hier geschehen. Den Zustand als höhere Gewalt durch eine gesetzliche Bestimmung zu betrachten, verlangte bekanntlich durch einen angenommenen Beschluß vor zu Gotha im September abgehaltene Sonnstag. Hierzu bemerkt in der „Sozialen Praxis“ Rechtsanwalt Herr Dr. Fuld-Maina: „Dieser Beschluß blieb auch die eifrigsten Anhänger der zünftlerischen Bewegung einigermaßen verbüßt haben; denn es wird darin von der Gesetzgebung etwas gefordert, was zu gewöhnen ihr einfach ganz unmöglich ist,

ganz abgesehen davon, daß selbst eine Vorschrift des von dem Zumindesten angegebenen Inhaltes keineswegs den Haub-
tochter oder Lieferanten gegen die aus einem Zustand für die Erfüllung bestehender Lieferungsverträge sich ergebenden Folgen in dem Maße sichern würde, wie es die Gesammtung angenommen hat. zunächst ist gegenüber dem Mindeste, daß der Zustand rechtlich der Notwendigkeit oder der Wassernoth gleichgestellt werde, zu bemerken, daß die geltende deutsche Zivilgesetzesgebung an einer Stelle sagt, daß diese elementaren Ereignisse unter allen Umständen als Arten der höheren Gewalt zu erachten seien; sie hat es dem Erzässen des Richters überlassen, von Fall zu Fall festzustellen, ob die Wassernoth als ein Umstand aufzufassen ist, den der Verpflichtete nicht zu vertreten hat, oder ob der Sachlage diese Qualifikation nicht entspricht. Es hat während der Vorbereitung des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht an Bemühungen gefehlt, den Gesetzgeber zu veranlassen, in einer unzweideutigen Vorschrift an der Frage Stellung zu nehmen, ob und welche Bedeutung dem durch Zustand der Arbeiter veranlaßten Verzug für die Erfüllung bestehender Verträge beizulegen sei. Mit Recht hat sich der Gesetzgeber hierzu ablehnend verhalten; es ist einfach unmöglich, in genereller und abstrakter Weise zu bestimmen, der Zustand gilt als höhere Gewalt oder er gilt nicht als solche. Eine solche Vorschrift würde, wenn sie bedingungslos dem Zustand den Charakter der höheren Gewalt beigelegt, als ein Strafengesetz berallerschlimmster Art qualifiziert werden müssen, er würde die Gesetzgebung in den Dienst der einseitigen Arbeitgeber-Interessen stellen. Über will der Zumindesten vielleicht bestreiten, daß es Zustände gäbe, welche von dem Arbeitgeber verschuldet sind, will er die Möglichkeit in Zweifel ziehen, daß so mancher Zustand vertanzt würde, wenn das Verhälten des Arbeitgebers von dem Bewußtsein der ihm obliegenden sozialen Pflichten in höherem Maße beeinflußt und durchdrungen wäre? Gewiß, es giebt Zustände in Menge, denen gegenüber das Prädikat „frivol“ keineswegs zu hart ist, es giebt aber auch Zustände, bei welchen jeder unbefangen Denken sagen wird, daß sie durch das Ver- schulden des Arbeitgebers verursacht wurden. Weil dem so ist, weil die Bedeutung des Zustandes in den einzelnen Fällen eine völlig verschiebene ist, hat die Gesetzgebung sehr richtig gehandelt, als sie von einer schablonistischen Behandlung absah.“

Nun, die „Forderungen und Wünsche“ der Künstler, Scharfmacher und Agrarier sind schon immer beratige gewesen, daß man dieselben auf seine Stuhlhaut schreiben kann. Mit Recht heißt es dann am Schlusse obiger Gesetzesnahme: „Nebenfalls kann aber sowohl vom juristischen als auch vom sozialpolitischen Gesichtspunkt aus nur nachdrücklichst gegen die Forderung Wider spruch erhoben werden, daß die Gesetzgebung generell den Wurststand als höhere Gewalt bezeichne; daß Bürgerliche Gesetzbuch würde die Prinzipien, auf denen es beruht, verleugnen, wenn es dieses Verlangen zu irgend einer Zeit erfüllte.“

Vom Ausland.

Wir machen hiermit unseren Kollegen, besonders den reisenden, bekannt, daß die Sperrreihen der berühmtesten Werkstätte von Deller & Stegenthal er in Davos (Schweiz) noch nicht aufgehoben ist, darum muß der Zugang dahin fern gehalten werden.

Der sechste französische Gewerkschaftskongress tagte vom 23. bis 27. September in Lyon. Er beschäftigte sich zunächst mit dem Entwurf zu einem Alters- und Invalidengesetz der Arbeiter. Derselbe wurde mit 479 von 494 Stimmen verworfen. Nicht viel besser erging es dem Streikzwangsgesetz-Entwurf, der gleichfalls mit großer Majorität abgelehnt wurde. Mit 258 gegen 205 Stimmen erklärte sich der Kongress für die Institution der Arbeitsräthe.

Der Kongress nahm sodann auch Stellung zu der Frage, ob Politik in der Konföderation und in den Gewerkschaften zu treiben sei. Nun hat der Kongress, wie ersichtlich, sich zum großen Theil mit politischen Fragen beschäftigt; auch die französischen Gewerkschaften, die in dieser Beziehung durch keinerlei gesetzliche Schranken gehindert sind, pflegen offen zu allen Tagesfragen Stellung zu nehmen und so scheint es zunächst verwunderlich, warum man diesen Punkt auf dem Kongress verhandelte. Die Frage scheint durch den Gegensatz, welcher zwischen den verschiedenen sozialistischen Fraktionen bezüglich des Aufschlusses der Gewerkschaften an die politischen Parteien besteht, herborgerufen zu sein. Während die einen, Guesde, Vaillant &c., gegen den Aufschluß der Gewerkschaften an die politische Partei-Organisation sind, in ihrem Einigungsprojekt ein solcher auch nicht vorgesehen ist, streben Faure & Co. einen

nossen die Angliederung der Gewerkschaften an.
Angenommen wurde eine Resolution, nach welcher sich die Gewerkschaften außerhalb der politischen Schulen zu halten haben. Zum Generalstreik wurde folgende Resolution mit 252 gegen 41 Stimmen und 85 Stimmenthaltungen angenommen:

„Der Kongress erklärt, daß der Generalstreik nicht ein Mittel der Befreiung irgend einer Kategorie von Arbeitern sein kann. Er kann nur zum Ziel haben die vollständige Befreiung des Proletariats durch die gewaltsame Expropriation der kapitalistischen Klasse.“

Damit ist also der Generalstreit, wo er sich nur auf einen Beruf ausdehnen soll, verworfen. Zu Gunsten eines drohenden Generalstreits der Bergarbeiter nahm man aber dennoch eine Erklärung an, da die Bedeutung und Tragweite dieser Bewegung niemand voraussehen und dieselbe zur allgemeinen Emmanzipation führen kann.

Gesetzliche und Polizeiliche.

Das preußische Vereinsgesetz gegen die Gewerkschaften. Einer Razzia preußischer Polizeibehörden gegen den Verband der Fabrik-, Land- und gewerbslichen Hilfsarbeiter ähnelt das neueste Vorgehen derselben, das mit einem Prozeß vor der Strafkanzlei zu Sagan am 3. Oktober endete. Angeklagt waren drei Bevollmächtigte dieses Verbandes, sowie drei Mitglieder des Hauptvorstandes wegen Nichteinreichung der Änderungen des Mitgliederverzeichnisses und Aufnahme von „Frauenpersonen“ als Mitglieder. Die Hauptvorstandsmitglieder sollen weder das Bestehen der Zahnstelle Freiwaldbau i. Schl., noch das Mitgliederverzeichnis derselben der Polizeibehörde in Hannover mitgetheilt haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß die angeklagten Bevollmächtigten der Zahnstelle Freiwaldbau wohl deren Gründung und erste Mitgliederliste der Ortspolizeibehörde mitgetheilt, aber spätere Veränderungen nicht gemeldet hatten und dies erst auf behördliche Aufforderung hin nachholten.

Der Angeklagte Breh bemerkte, daß er auf Grund eines im Vorjahr gegen ihn ergangenen Urteils alle Verbandsfilialen um Einreicherung der Mitgliederlisten aufgefordert habe, um Ruhe vor der Polizei zu bekommen, obwohl er grundsätzlich der Meinung sei, daß eine gesetzliche Verpflichtung dafür nicht bestehen. Die ihm ausgesandten Listen habe er geordnet und in je 4 und 2½ Kilo schweren Paketen im Polizeipräsidium überreicht. Dagegen habe das Präsidium ein gegen seinen Verband vom Oberverwaltungsgericht gefälltes Urteil drohen lassen und nicht nur an die Polizeiverwaltungen derjenigen Orte in Preußen gesandt, an welchen Verbandsmitglieder sind, sondern auch nach Verbandsorten in Westfalen, S.-Westfalen, Bayern usw. offenbar zu dem Zwecke, auch dort die örtlichen Polizeiverwaltungen zum Einholen der Listen zu veranlassen. Die Folge sei gewesen, daß er, der Vorsteher, Listen nicht mehr erhalten habe. Die Bevollmächtigten hätten auf seine Aufforderung erwidert: "Wir müssen die Listen der Ortspolizei einreichen, zwimalige polizeiliche Meldungen sind gesetzlich nicht erforderlich!" Staatsanwalt und Verteidigung wußten hierauf zur Überzeugung gelangen, daß dem Verbandsvorstand ein Vergehen oder eine Unterlassung nicht nachzuweisen sei und beseitigte beantragten Freispruchung für dessen drei Mitglieder, dem sie das Gericht auch anschloß. Dagegen hielt das Gericht die drei Bevollmächtigten des Vereines gegen das Vereinsgesetz für schuldig, erkannte jedoch strafmildernd ihre Unerschaffenheit an und verurteilte sie zur gesetzlichen Mindeststrafe von 15 M. sprech sie dagegen von der verbotevidigen Aufnahme weiblicher Personen frei, indem es die Zahlstelle Freiwaldbau als politischen Verein nicht erachtet; durch politische Abstimmungen eines Redners werde der Zweck des Vereins nicht geändert.

Verschiedenes.

Die Große Berliner Kunstausstellung hat mit einem Überschuss von 70 000 M. abgeschlossen. Die verkaufen Werke repräsentieren einen Wert von 300 000 M. Auch die "Sessionsausstellung" hat ein vorzügliches Geschäft gemacht.

Die Kunstmaler Bernhard Pankok und Eugen Werner, sowie Direktor Krüger, alle drei bisher Mitglieder der Münchener vereinigten Werkstätten für Kunst im Handwerk, sind zum 1. Januar 1902 als Professoren an die neue Stuttgarter Kunstgewerbeschule (Lehr- und Versuchsanstalt) berufen worden.

Bei Ausbesserungsarbeiten im Genfer Stadt-
hause fand man hinter einer Breiterwand, die der richtigen Wand vorgelegt war, ausgezeichnete erhaltenen Wandmalereien. Sie bildeten den Theil eines langen Frieses, der wahrscheinlich sich um das ganze Zimmer herumzog. Der Fries enthält zwei Reihen lebensgroßer Gestalten, die wohl dem alten Testamente entnommen sind. Nebenfalls bezieht man mit Recht diese Gemälde auf die Umwandlungen des Stadthauses, die 1473—1474 unter dem Bürgermeister Michael Monthon ausgeführt wurden. Aus dem Charakter der Bilder, (in der Mitte front in vorzüglicher Ausführung Frau Justitia) ergibt sich wohl, daß der betreffende Saal in früheren Zeiten als Gerichtssaal benutzt werden war.

Erste internationale Ausstellung für moderne dekorative Kunst ist in Turin für die Zeit vom April bis Oktober 1902 geplant. Die Ausstellung wird die Erscheinungen auf dem Gebiete der Kunst und die industriellen Produkte umfassen, die die Aesthetik der Straße, des Hauses und der Wohnung berühren. Besonderer Wert soll auf die Ausstattung der einfachen bürgerlichen Wohnung gelegt werden. Anfragen sind an den "Circolo degli Artisti" in Turin zu richten. Unter den Vorschriften, die den Ausstellern gegeben sind, befinden sich folgende: "Nur die originellsten Schaffungen, die eine bestimmte Tendenz zur Erneuerung der Formen ausdrücken, werden angenommen, hingegen die reinen Imitationen der alten Style abgewiesen werden".

Literarisches.

Barbus: Die Handelskrise und die Gewerkschaften nebst Anhang: Gesetzentwurf über den Achtstundentag.

Voß: Die Handelskrise und die Gewerkschaften nebst Anhang: Gesetzentwurf über den Achtstundentag.

Süddeutscher Postillon: 20. Jahrg. Preis 10 Pf., jede Nummer. (München, Verlag von M. Ernst.) Die Beiträge in Bildern und in Worten der erschienenen Nummer zeigen von fröhlichem Humor und kräftiger Satire, sodass wir den "Süddeutschen Postillon" nur bestens empfehlen können.

Schuh der Heimarbeitern! Eine Denkschrift vom Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands an den Bundesrat und den Reichstag. Preis der Broschüre 40 Pf., bei Einzelbezug 45 Pf. Bestellungen richte man an J. Holzhäuser, Stuttgart, Gutenberstraße 106, 3. Etage.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Bekanntmachung.

Bestätigt werden hiermit die Neu- und Ersatzwahlen der Filialverwaltungen Neustadt a. d. H., München, Essen, Konstanz.

Der Malerkalender für 1902, in einer Auflage von 4000 Stück, ist vergriffen und können Bestellungen nicht mehr berücksichtigt werden. Sollten in einzelnen Filialen noch Exemplare vorrätig sein, so erfragen wir dieselben innerhalb 14 Tagen der Hauptverwaltung zurückzufinden, widergetrennt falls wir dieselben auf Rechnung der Filiale stellen.

Mit voll. Gruss

Der Vorstand.

Quittung.

Vom 29. Oktober bis 4. November gingen bei der Hauptklasse ein: Hannover II M. 18.97, Erfurte 87.96,

Casper-Ullrich 7.—, Bchn. 13570 2.55, Bchn. 12285 5.60
Bchn. 46051 3.65, Bchn. 44884 4.—, Bchn. 13430 2.10,
Bchn. 15268 3.—, Bchn. 44305 2.95, Bchn. 12338 1.75,
Bchn. 12341 —.95, Bchn. 42072 2.70, Berlin I 700.—,
Duisburg 56.30, Colmar 16.40, Friedberg 3.37, Heidelberg 263.91, Dortmund 295.95, Braunschweig I 100.—,
Hamburg I 150.—, Lindau 4.50, Tübingen 13.40.
Gutschüsse wurden abgesandt nach Ulm M. 25.—,
Würzburg 20.—.

Berichtigung. In voriger Nummer ist die Filiale Regensburg unter den Filialen mit aufgeführt, welche nicht abgerechnet, es beruht dies auf einem Irrthum. Die Filiale Regensburg hat die Abrechnung rechtzeitig eingefügt.

H. Wentker, Kassier.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingeschriebene Güttstraße Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassikers vom 27. Okt. bis 2. Nov. 1901.

Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingefügt von Grüner-Lipsk 150.—, Schubert-Witzdorf 200.—, Eich-Witzburg 200.—, Köllner-Wölfis M. 50.—.

Gutschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Chinger-Königstein M. 110.—, Reuter-Cassel 100.—, Luckenbach 50.—.

Krautengelder erhielten Buchn. 41, M. Wulff in St. Andreasberg M. 25.80; Buchn. 9719, S. Kleinodorf in Kirchhain in Hessen 12.90; Buchn. 1757, D. Günther in Helm 21.50.

Sterbegeld wurde gezahlt für Bchn. 13111, M. Bierengel in Fürth i. Bayern M. 55.—.

J. G. Wulff, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

An die Filialen des Agitations-Vereins Hessen und Hessen-Nassau.

Meine Adresse ist von jetzt ab: Winkelmannstr. 10 f, und bitte ich, alle Briefe usw. an obige Adresse gelangen zu lassen.

Der Obmann der Agitations-Kommission.

W. Gerhold, Frankfurt a. M.

Anzeigen.

Filiale Frankfurt a. M.

Mittwoch, 13. November, Abends 8½ Uhr,

Mitgliederversammlung

im "Gewerkschaftshaus", Stolzenstr. 15, 1. Stock, Saal B. M. 1.20]

Der Vorstand.

Soeben erschienen:



ILLUSTRIERTER DEUTSCHER MALER-KALENDAR pro 1902.

Verlag von Georg D. W. Callwey, München

••• Elegant gebunden 2 Mark. •••

Franko gegen Voreinführung des Betrages oder Nach-

nahme von 2.20 Mark.

Seit den 11 Jahren seines Bestehens ist der "Illustrierte Deutsche Malerkalender" vieler tausenden Kollegen ein wohlbekanntes Nachschlagebuch in praktischen Fragen, ein unentbehrlicher Begleiter und treuer Ratgeber in den mannsfachen Schwierigkeiten des Berufes gewesen und der Herausgeber ist der Hoffnung, daß auch dieser neue Jahrgang sich der Malerschaft mindestens ebenso nützlich machen werde wie seine Vorgänger.

Ladewigs Bierstuben

Berlin S., Kommandantenstr. 65.

Vorzügl. Weiss- und Bayrisches Bier

Franz, Billard. — Telephon.

Zahlstelle der "Freien Volksbühne"

Vereinszimmer für 40 Personen.

Winterarbeit!

Lohnenden Nebenverdienst durch Kreidezeichnungen (Porträts in 3 Stunden) nur wenn Sie mir das Original photographisch auf Zeichenpapier vergrößern lassen. Bruno Ochornal, Maler und Photograph, Ellrich a. Harz.

Medaillen. Schule I. Preise.

für Dekorations-, Holz- und Marmormaler. Aherkannt tüchtige Spezial-Lehrer. Prospekt kostenl. durch

Carl Nordmann, Hamburg-Eimsb.

Maler-Schule Buxtehude

Juni 1901 auf deutschem Malerbundestag zu Danzig wied. I. Preis. Pragr. fr. Dir. Eisner.

H. Th. Höppner, Pinsel-Fabrik GREIZ.

Alle Sorten Pinsel für Kunst u. Industrie. Illustr. Preiscahier gratis u. franko.

Berliner Maler-Schule

für sachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfache Technik gelegt.

Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März,

per Semester 150 Mark.

Meine Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekte der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange & Co.

Berlin SW., Gütschauerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe,

MALERSCHULE

für Holz- und Marmor-Imitation

(Stuckmarmor und Stuckholz) von A. Pritschau, Hammelburg (Bayern). — Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom 1. November 1901 bis 15. Februar 1902. Prospekt gratis.

Neu! Es erschien im Selbstverlage: **Neu!**

Neue Holz- und Marmormalereien zum Selbstunterricht nach eigener Original-Methode.

I. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.—
II. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.—

erscheint bestimmt Ende Oktober 1901.

Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19. Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis.

Porenrollen à Paar Mk. 5.—

Amoretten. **Malvorlagen** Blumen. — Landschaften. Früchte etc.

24 Blatt M. 3.—, 48 Blatt M. 5.—, franko, naturgetreu.

Heimr. Brühl, Hamm i. Westf., Münsterstr. 42.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-Druck, mit leicht fälschlicher Anleitung, sind für den billigen Preis von ♦ nur M. 10 ♦ zu beziehen von Aug. Dütemeyer, Maler, München, Stettinerstr. 11, IV. rechts.

Maler können die Vertretung übernehmen!

G. Job, Nürnberg, Lehelgasse 18.

Berlangen Sie, Kollege, zur Probe je einen Satz Greizer, Berliner und Delftsche, je einen Satz Rinds- und Fischmalplatten, einen Dachsvertreiber, einen Schläger, einen Wodler, (je 3 Zoll breit), einen Satz Stahl- und Leberkämme (je 10 Zoll), einen Stahlspachtel, eine Blechpalette, einen Malerkalender von Callwey-München, 1901, zu M. 18.50 per Nachnahme

Der "Vereins-Anzeiger" erscheint wöchentlich freitags für die Mitglieder der Vereinigung unentbehrlich. Am Wochenende kostet derselbe für Deutschland und Österreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die gespaltenen Petitionen oder deren Raum 30 M. — Vereinsanzeigen 15 M. die Spaltseite. Der "Vereins-Anzeiger" ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1901 unter Nr. 7506 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 44 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Verlag von H. Wentker, Hamburg. Für die Redaktion verantwortlich M. Marti, Hamburg. Druck von F. Meyer, Hamburg-Gilbert, Friedenstraße 4.

MALERSCHULE zu HAMBURG
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS
VORERSTE PREISE & MEDAILLEN